

Ein schwarzer Holocaust

Krieg, Hunger, Aids – eine ununterbrochene Folge von Tragödien sucht Afrika heim, die einzige Region der Welt mit ständig schrumpfender Wirtschaftskraft. In So-

malia griffen jetzt die USA militärisch ein, um das Elend notfalls mit Gewalt zu bekämpfen. Kann nur die Rückkehr der Weißen den verlorenen Kontinent retten?

Die letzte Geste eines Kindes, das an Unterernährung stirbt, soll es vor den Sonnenstrahlen schützen. Es bedeckt mit seinen fleischlosen Ärmchen die Augen, als wolle es nicht nur das Licht zurückweisen, sondern auch die Welt, die es umbringt. Dann hört es auf, sich zu bewegen.“

Der Tod eines Kindes in Afrika. Was sich täglich tausendfach zuträgt, beschreibt der französische Arzt Bernard Kouchner so fachkundig knapp wie ergreifend. Der Mitgründer der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“, in der Pariser Regierung derzeit Minister für Gesundheit und Humanitäre Angelegenheiten, hat die Tragödie in Somalia miterlebt, deren erschütternde Bilder das Fernsehen seit Monaten in den saten Teil der Welt strahlt:

Zu Skeletten abgemagerte Menschen halten Helfern leere Schüsseln entgegen, starren aus fiebrigen Augen in die Kamera. Kinder mit aufgeblähten Bäuchen sind zu apathisch, um Fliegen aus ihrem Gesicht zu verschrecken. Säuglinge mit Greisenköpfen suchen vergebens Milch in den schlaffen Hautlappen, zu denen die Brüste ihrer Mütter verdorrt sind.

Neben dem Heer der Elenden posieren grotesk aufgeputzte Soldaten. Sie schwenken Kalaschnikows, tragen verspiegelte Sonnenbrillen, Stahlhelme, Cowboyhüte, wappnen sich mit Jujua-Amuletten und Eierhandgranaten – Symbole eines perversen Rambotums. Mit ihren Pritschenwagen, auf die sie Maschinengewehre und Raketenwerfer montiert haben, rasen sie wie Figuren aus dem Weltuntergangsfilm „Mad Max“ durch die Gegend.

Verrückte Krieger und verhungerte Kinder, Anarchie und Elend – das ist das Antlitz Afrikas im letzten Jahrzehnt dieses Jahrtausends.

Solche Bilder, die aus einer archaischen Vergangenheit zu stammen scheinen und zugleich wie Vorboten einer nahen Apokalypse wirken, konnte der Westen nicht länger ertragen. Er tat, was Kouchner schon seit langem zur

Pflicht erklärt hatte: Um Leben zu retten und das Grauen zu vertreiben, griffen die Amerikaner als Führer einer internationalen Interventionsmacht ein – bereit zum Krieg, aber diesmal nicht aus Eigeninteresse, sondern allein im Namen der Humanität: ein Novum in der Staatengeschichte.

„Wir tun Gottes Werk“, rühmt sich der oberste Befehlshaber George Bush, der sechs Wochen vor seinem Abgang als Präsident noch einmal wie in den glorreichen Tagen des Golfkriegs aufzutrupfen gedachte.

Anders als in Kuwait stehen für Washington weder wirtschaftliche noch strategische Interessen auf dem Spiel. Es gilt nicht, einen feindlichen Eroberer

zurückzuschlagen oder ein befreundetes Regime zu verteidigen.

Im fernen Somalia sollen die fremden Soldaten Einheimische vor deren eigenen Landsleuten schützen und vor einer todbringenden Hungerkatastrophe bewahren. Der Einsatzbefehl „shoot to feed“ bedeutet, notfalls mit militärischer Gewalt sicherzustellen, daß die Elendsgestalten im letzten Augenblick gerettet werden. Für Zehntausende aber kommt auch diese Aktion zu spät.

Die „Operation neue Hoffnung“ schafft einen Präzedenzfall. „Länder, die unfähig sind, für ihre Bürger zu sorgen, verlieren ihren Anspruch auf Souveränität“, begründete die *Washington Post* den Einsatz. Durch Uno-Beschlüssen



Landung der Amerikaner, sterbendes Kind in Somalia: „Nur die Vereinigten Staaten



Hilfe für Hungeropfer
Müssen die Weißen zurückkehren?



US-Soldat, Jugendliche in Mogadischu: „Wir tun Gottes Werk“



haben die globale Reichweite, eine so große Streitmacht an einem so entfernten Ort einzusetzen“

„Geht nach Hause und vertragt euch“

SPIEGEL-Reporter Erich Wiedemann über die Amerikaner in Mogadischu

Sie sind Räuber und Mörder, ihr müßt sie erschießen!“ Die junge Frau holt mit der Faust aus, um einem der drei jungen Burschen, die mit grimmiger Miene an ihren Landrovern lehnen, ins Gesicht zu schlagen. Aber sie haut vorbei und trifft statt dessen den Außenspiegel. Die Menge jöhlt: „Sie haben gemordet, tötet sie!“

Der schwarzhaarige US-Sergeant, dem die Aufforderung gilt, lächelt verlegen und wedelt abwehrend mit dem Lauf seines Schnellfeuergewehrs. „No, no, das ist hier nicht Dodge City. Geht nach Hause und vertragt euch.“

Erschießen steht nicht auf dem Dienstplan der amerikanischen Interventionsstreitkräfte in Mogadischu. Die US-Marines sollen die Banditen entwaffnen, die Somalia mit Terror und Anarchie überzogen haben. Sie sollen dafür sorgen, daß die Hungernden zu essen kriegen – und sonst nichts. Die Gerechtigkeit kann warten.

Die drei Burschen sind fast noch Kinder. Der älteste ist höchstens 17. Der Sergeant macht ihnen – sehr zum Unwillen der Menge – ein Zeichen, daß sie verschwinden sollen. Er dreht sich zu seinem Kameraden um und sagt: „Die wollen hier Lynchjustiz.“ Nicht mit einem US-Sergeanten. Nun herrscht Friede in Mogadischu. Bis auf weiteres.

Der US-Präsident hatte recht, als er seinem Generalstab versicherte: „Der Job ist machbar“ – jedenfalls soweit es die Einstiegsphase der „Operation neue Hoffnung“ betrifft. Von Widerstand ist nichts zu sehen, ganz im Gegenteil: Die Elitesoldaten von der „15th Marine Expeditionary Unit“ werden überall mit Jubel empfangen. Die amerikanischen Posten, die rings um den Flughafen in Stellung gegangen sind, müssen unablässig Hände schütteln, Kinder auf den Arm nehmen, Fotos von ihren Familien zeigen.

Die Show ist ja auch wirklich imposant. Die meisten Somalis haben noch nie so viele Flugzeuge gesehen. Und nun diese Mammutpräsentation. Das



US-Soldat, Somalis in Mogadischu: Mit Jubel empfangen

Vorfeld des Flughafens ist mit Containern vollgestellt. Es bleibt nur wenig Manövrierraum für die schweren Transportmaschinen, die aus Mombasa, Oman und Kairo immer neue Massen von Material heranschiepen.

Ein paar Schrott-MiGs mit platten Reifen und angerosteten Tragflächen haben die Marines mit Bulldozern einfach auf die Seite geschoben. Darüber kreisen unablässig Cobra-Hubschrauber mit geöffneten Türen, aus denen MG-Läufe ragen. Nur für alle Fälle. Die Blauhelme der kleinen pakistanischen Uno-Truppe, die sich hier vergeblich als Friedensstifter versucht hatten, sehen dem Aufmarsch der Supermacht beinahe ebenso verzaubert zu wie die Einheimischen.

Es fehlt nichts von dem, was Amerikaner zum Wohlbefinden brauchen. Pro Kampfkompagnie steht sogar ein Feldpsychiater bereit, der den Soldaten gegebenenfalls beispringt, wenn sie den Anblick verhungender Kinder nicht ertragen. Die „Echo Company“ der Marines hatte auch die US-Flagge im Gepäck, die Robert Oakley, der Somalia-Sonderbeauftragte von Präsident George Bush, am Donnerstag über der zerstörten US-Botschaft hißte.

Am Zaun vor dem Flughafen pressen staunende Somalis ihr Gesicht in den Maschendraht. Er wolle den Amerikanern seinen Respekt zeigen, sagt Abdul Mohammed Arale, ein ehemaliger Airline-Steward. Drei Tage lang hat er, angetan mit Nadelstreifenanzug und Pünktchenkrawatte, vor dem Haupttor auf die Retter gewartet, die, so sagt er, mit dem schrecklichen Regiment der Kalaschnikow-Kinder Schluß machen würden.

Einen Tag nach der Landung der Marines in Mogadischu sind die Terror-Kids tatsächlich fast ganz aus dem Stadtbild verschwunden.

Auf den Märkten beginnen sich die Verkaufsstände zu füllen. Die Regenzeit hat in den Gebieten, die vom Krieg verschont blieben, gute Ernten gebracht. Man kann wieder alles kaufen, was in Somalia wächst und gedeiht: Obst, Gemüse, Kartoffeln.

Am Samstag wollten die Amerikaner einen Hilfstransport nach Baidoa, etwa 200 Kilometer von Mogadischu, eskortieren, wo täglich noch immer Hunderte sterben, weil der Nachschub ständig von Banditen abgefangen wird. Die Operation mußte abgesagt werden. Aber sonst hat beinahe alles geklappt wie im Manöver.

Aber nur beinahe und auch nicht überall. Am Tag nach D-Day gegen neun Uhr früh wird der amerikanische Kameramann Jim Clancy im Zentrum von einer bewaffneten Gang überfallen. Die Banditen erbeuten eine elektronische Videokamera im Wert von rund 50 000 Mark und 1500 Dollar in bar – nur hundert Meter von einem Checkpoint der französischen Fremdenlegion entfernt, die dort ein paar Stunden nach den Amerikanern eingetroffen ist.

Die Legion gibt sich betont drahtig. Am Donnerstag nachmittag fordert die bis dahin unblutige Invasion zwei Todesopfer. An einer Straßensperre eröffnen Legionäre das Feuer auf einen Lastwagen, dessen Fahrer sich, wie es heißt, der Kontrolle entziehen wollte. Sieben Personen werden schwer verletzt zur „U.S.S. Tripoli“ gebracht, die draußen auf Reede liegt, und dort von Marineärzten operiert.

Die Franzosen haben bis Donnerstagabend 40 Gewehre, Pistolen und Maschinenpistolen beschlagnahmt. Die Amerikaner geben den Umfang ihrer Beute nicht bekannt. Aber es sind wohl insgesamt nicht mehr als zwei Lastwagen voll. Das wäre, grob geschätzt, vielleicht ein Prozent der Waffen, die bis Mittwoch in Mogadischu im Umlauf waren.

Auf dem zentralen Markt im Herzen der Stadt kann man noch immer Waffen kaufen. Ermutigend sind immerhin die Preistendenzen. Schwere Maschinengewehre notieren mit 50 statt wie früher 300 Dollar. Die Preise für Faustfeuerwaffen, die sich leichter verstecken lassen, haben sich dagegen verdreifacht.

Die meisten Schwerbewaffneten haben sich mit ihrem Kriegsgerät in Stützpunkte vor der Stadt zurückgezogen. Soviel ist sicher: Sie werden ihre Waffen nicht freiwillig niederlegen.

„Der Imam hat im Freitagsgebet gesagt, die Amerikaner kommen, um uns zu einem Volk von Christen zu machen“, sagt Faruk el-Hadid aus Burao, der nahe der zerschossenen Kathedrale von Mogadischu in zwei ineinandergeschobenen Kartons wohnt. Faruk ist Anhänger der Ittihad islami, einer radikalen Gruppe, die angekündigt hat, daß sie sich der Invasion widersetzen werde. „Wir machen aus Mogadischu ein zweites Beirut“, sagt Faruk.

Beirut ist ein amerikanisches Trauma. Dort hatte es 1982 sehr ähnlich angefangen wie jetzt in Mogadischu: US-Truppen stießen mit ihren Verbündeten in das von den Israelis zurückgelassene Machtvakuum vor, um im Libanon Recht und Ordnung wiederherzustellen. Die Libanesen empfangen sie mit Jubel, die Revolvermänner verschwanden, Beirut kehrte zur Zivilisation zurück.

Doch am 23. Oktober 1983 sprengte ein Kamikaze-Fahrer das Basislager der

Marines am Beirut Flughafen mit einem Lastwagen voll Dynamit in die Luft. 241 US-Landser traten die Heimreise in Leichensäcken an.

Nein, das könne hier nicht passieren, sagt der kommandierende General Robert Johnston. Man werde sich nicht auf einen Guerillakrieg einlassen. Aber glaubt der General wirklich, die Pritschenwagen mit den aufgeschraubten Maschinengewehren würden sich seinen Panzern und Helikoptern zur offenen Feldschlacht stellen, wenn es zu Feindseligkeiten kommt?

Der Bürgerkriegsherr Mohammed Farak Aidid versichert dem US-Emissär Oakley am Freitag noch mal, daß er die Invasion unter Uno-Patronage begrüße. Aidid verspricht sich offenbar taktische Vorteile von der Präsenz der fremden Streitkräfte. Ein Zweckbündnis zeichnet sich ab: Die Amerikaner und ihre

se legitimiert, spielen die USA Weltgarden – eine Invasion zur Rettung eines geschundenen, sich selbst zerstörenden Volkes.

Für Somalia schlug die Stunde der neuen Hoffnung in der Nacht zum vergangenen Mittwoch. Der Auftakt war absurd: Marines mit geschwärzten Gesichtern und Tarnuniformen sprangen aus Schlauchbooten und wateten ans Ufer – wo nicht feindselige Gangsterbanden sie erwarteten, sondern über hundert Reporter und Fernsehteams, deren Scheinwerfer die Krieger anstrahlten und mit Blitzlichtern verwirrten.

Wie Dinosaurier wühlten sich amphibische Landungsfahrzeuge durch Brandung und Dünen, nahmen Kurs auf den Flughafen von Mogadischu, sicherten Zufahrtstraßen und die Lagerhallen im Hafen.



Bürgerkriegsrivalen Aidid, Mahdi*: Bruchige Versöhnung

Verbündeten wissen, daß sie Somalia nicht endgültig befrieden können. Die Intervention wird allgemein als richtige Tat im richtigen Moment akzeptiert.

Aber was soll danach kommen? Wenn schon keine zivilere Lösung in Sicht ist, dann fördert es vielleicht den Frieden, wenn man den Stärksten unter den rivalisierenden Clan-Bossen noch ein bißchen stärker macht. Und der Stärkste ist nun mal Aidid.

Ein österreichischer Afrika-Forscher namens Haggenmacher berichtete 1974 über seine erste Reise ins Land der Somalis: „Die Stämme leben unter sich in ständiger Feindschaft und in fortwährenden Kämpfen. Jeder Eingeborene versucht, sobald er Waffen tragen kann, die Ordnung zu stören.“

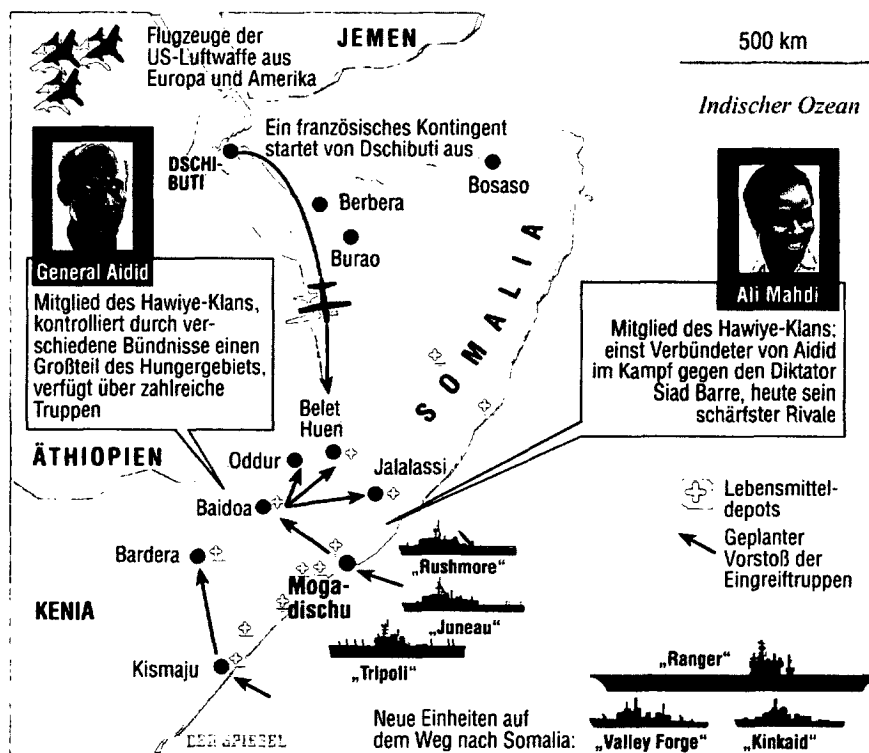
Dagegen hilft wohl wirklich nur ein starker Mann.

Binnen Stunden schien die Orgie der Gewalt, der Mogadischu bis dahin ausgeliefert gewesen war, zu Ende. Die Banden legten ihre Waffen ab oder zogen sich wenige Kilometer ins Landesinnere zurück, wo es zu heftigen Scharmützeln zwischen rivalisierenden Gangs kam. In der Hauptstadt aber griff Erleichterung um sich, wurden die Amerikaner wie Heilsbringer begrüßt.

Die beiden wichtigsten Kriegsherren, General Mohammed Farah Aidid und sein Rivale Ali Mahdi Mohammed, willigten auf Drängen der Amerikaner am vorigen Freitag ein, sich zu ihrem ersten Versöhnungsgespräch seit zwei Jahren in der früheren US-Botschaft zu treffen.

Auf dem Flughafen landeten Ende voriger Woche Transportmaschinen mit immer neuen US-Truppen; insgesamt haben 28 000 GIs Marschbefehl nach

* Am Freitag vergangener Woche.



Somalia. Aus dem benachbarten Dschibuti flogen die ersten 120 von 2120 angekündigten französischen Soldaten ein. 2300 Italiener sollen folgen. Einsatzbereit stehen Briten, Belgier und Kanadier, dazu Truppen aus Ländern der Dritten Welt.

Die wirken wie ein schamhaftes Alibi. Ein Uno-Kontingente von 500 Pakistanern, das schon Ende September nach Mogadischu entsandt worden war, hatte sich hilflos auf dem Flughafen einigeln müssen. Ohne die reichen Länder des Nordens, vor allem die USA, wäre die vom Sicherheitsrat beschlossene Mission in Somalia nicht möglich gewesen. „Nur die Vereinigten Staaten“, so Bush stolz, „haben die globale Reichweite, eine so große Streitmacht an einem so weit entfernten Ort einzusetzen.“

Müssen also die Weißen zurückkehren, um den Schwarzen Kontinent zu retten, über den sie einst Tod und Verderben gebracht hatten? Wohl kaum noch zu vermeiden ist eine Art humanitärer Kolonialismus, der sich im Erfolgsfall freilich nicht auf ein Land begrenzen läßt. Denn wenn Somalia vor dem Untergang gerettet wird, warum dann nicht Liberia, wo ein irrsinniger Bürgerkrieg tobt? Oder der Sudan, wo im Süden eine ähnlich schreckliche Hungersnot herrscht?

Somalia ist kein Einzelfall. Frankreichs Verteidigungsminister Pierre Joxe vermeint, nicht weniger als „30 Somalias in der Welt“ zu sehen. Fast ganz Afrika befinde sich in einer verzweiften Lage. Aber niemand spreche bisher davon, weil niemand hinge-

he, um darüber zu berichten. Joxe: „Afrika ist ein fast unbekannter Kontinent.“

Dieser Kontinent ohne Hoffnung braucht Hilfe. „Wo bleiben die Amerikaner?“ fragen die Leidenden nicht nur in Somalia. Die Opposition in Zaire verlangt von Washington, den Diktator Mobutu davonzujagen. Uno-Generalsekretär Butros Ghali möchte die nächste Friedenstruppe nach Mosambik schicken, wo nach dem Scheitern des Waffenstillstands zwischen der Regierung und der Rebellenbewegung Renamo wieder Kämpfe toben; Italien will Fallschirmjäger bereitstellen.

„Laßt uns ehrlich sein: Besser als die gegenwärtige Lage wäre Kolonialismus allemal“, sagte der somalische Politiker Hassan Ali Mirreh vor der Landung der US-Marineinfanteristen.

Eine verheerende Krise schwelt in der riesigen Region, die sich zwischen der Sahara und dem Sambesi, vom Indischen Ozean bis zum Atlantik erstreckt.

Dort leben in 45 Staaten über 500 Millionen Menschen – die meisten in bitterer Armut, unter despotischen oder machtlosen Regierungen, in einer zerstörten Umwelt mit zerfallenden Infrastrukturen.

Im riesigen Zaire sind von den 140 000 Straßenkilometern, die es zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1960 gab, heute nur noch 15 000 Kilometer befahrbar. In Angola wuchert Unkraut in Fabriken und Lagerhäusern. Der Busch kehrt zurück – so wie anderswo die Wüste vordringt: Straßen versanden in der 800 Jahre alten Karawanen-

Stadt Timbuktu (Mali) ebenso wie in Neubauvierteln von Mauretaniens Hauptstadt Nuakchott.

Die Not vergiftet die Beziehungen zwischen Afrikas Völkern, Stämmen und Religionsgemeinschaften. Regen ist ausgeblieben, das Saatgut verzehrt, Vieh verdurstet. Elementare Überlebenskämpfe drohen auszubrechen. Experten warnen vor der „Somalisierung“ zahlreicher afrikanischer Länder.

In Äthiopien hat sich der nördliche Staatsteil Eritrea abgespalten; nun fordern Führer der Oromo die Unabhängigkeit. Im Sudan tobt ein endloser Bürgerkrieg zwischen der herrschenden moslemischen Mehrheit des Nordens und christlichen oder animistischen Stämmen im Süden. Quer über den Kontinent kommt es an der Nahtstelle zwischen den Einflusssphären des Islam und der anderen Religionen zu blutigen Unruhen – vom Tschad über Nigeria und den Senegal bis nach Mauretanien.

In Liberia terrorisieren marodierende Soldaten die Bevölkerung; einer Eingreiftruppe aus sieben westafrikanischen Staaten gelingt es nicht, Frieden zu schaffen. In Ruanda und Burundi schlagen Angehörige verschiedener Stämme aufeinander ein. In Kenia schließen sich Hungerflüchtlinge aus Somalia mordenden Räuberbanden an – kaum ein Land ohne Nachrichten von Not und Gewalt.

„Afrika erleidet eine Malthusianische Tragödie aus Hungersnot, Krieg, Armut und Krankheit einschließlich Aids“, schreibt der britische Publizist William Rees-Mogg; vergleichbar sei das Massensterben nur mit dem Holocaust, der Ausrottung des europäischen Judentums durch die Nazis. Und die sonst aller Dramatisierung abholde *Neue Zürcher Zeitung* fragte: „Ein ganzer Kontinent als Todeskandidat?“

30 Jahre nach „Uhuru“ – Kisuheli für Freiheit und Unabhängigkeit von weißer Kolonialherrschaft – scheint es für Afrika keine Chance zur Selbsthilfe mehr zu geben. Nach nur einer Generation der Selbstregierung erschüttern Untergangsängste den einstigen „Kontinent der Zukunft“. Seine Gesellschaftsmodelle sind gescheitert, seine Staaten zerfallen, seine Bewohner überleben in weiten Teilen nur am Tropf der internationalen Katastrophenhilfe.

Die reiche Welt schickt Lebensmittel, aber eigentlich hat sie Afrika abgeschrieben. Der Kontinent gilt als hoffnungsloser Fall, für den Almosen blieben – humanitäre Hilfe als Beschwichtigung des Gewissens.

Angesichts der trostlosen Gegenwart sehen viele Afrikaner die Vergangenheit in verklärtem Licht. „Es war einmal eine Zeit“, beschreibt der Autor Musamaali Nangoli aus Uganda eine

vorkoloniale Idylle, „da zahlten wir keine Steuern, da gab es keine Verbrechen, keine Arbeitslosigkeit.“ Selbst Nostalgie nach Kolonialtagen kommt auf. Die Nationalkonferenz von Zaire möchte den Staat – wie zu Zeiten der Belgier – in Kongo zurückbenennen. In etlichen Ländern fragen verzweifelte Bürger: „Wann ist die Unabhängigkeit vorbei?“

Die enttäuschten Menschen wollen die Erklärung ihrer Führer nicht mehr hinnehmen, daß alle Übel nur dem Erbe der weißen Kolonialisten zuzuschreiben seien. Sie zweifeln an der Fähigkeit der eigenen Eliten, die so nachhaltig versagt haben: Hochtrabende afrikanische Emanzipationsideen sind verflogen – wer spricht noch von „Négritude“ oder „Ujamaa“, dem afrikanischen Sozialis-

mus des ehemaligen Tansania-Präsidenten Julius Nyerere?

Seit Uhuru hat Schwarzafrika an die hundert Putsche und Staatsstreich gelebt, dazu Dutzende von Bürgerkriegen und unzählige Stammesfehden mit verheerenden Folgen: Über sechs Millionen Afrikaner irren derzeit auf der Flucht vor Kämpfen, Verfolgung oder Naturkatastrophen durch ihren „Kontinent der Flüchtlinge“.

Weshalb kam in Afrika alles anders, als seine Bewohner nach dem Weggang der Weißen erwartet hatten? Liegt es an der Geschichte, am Klima, an äußeren Widrigkeiten oder auch an den Menschen selbst? „Viele Leute glauben, daß Afrikaner unfähig sind, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln“, sagt Ugandas

Präsident Yoweri Museveni, „und zuweilen frage selbst ich mich das.“

Solche afrikanische Selbstkritik ermuntert im Westen zur Diskussion über Fragen, die im Zeitalter der Dekolonisation weitgehend tabu waren.

So wagt der britische Afrika-Experte James MacManus den provozierenden Gedanken: „Ist die Zeit reif für einen neuen Imperialismus?“ Politische Kontrolle von außen, meint er, müsse in Ländern übernommen werden, deren Regierungssysteme total zusammengebrochen seien.

Schwarzafrika ist die einzige Weltgegend, in der das Bruttosozialprodukt über gute und schlechte Erntejahre hinweg beständig schrumpft. Dort liegen sechs von zehn Ländern der Welt

„Der Somali ist ein Killer“

US-Botschafter Smith Hempstone über die Risiken der Intervention

In einem Rundbrief an mehrere US-Diplomaten bat das Washingtoner Außenamt um Stellungnahmen zum Einsatz in Somalia. Die Antwort des US-Botschafters in Kenia – ungewöhnlich offen und brutal – wurde der Zeitschrift *U.S. News & World Report* zugespielt. Auszüge:

Die überstürzte Hast, mit der die US-Regierung bereit scheint, ins somalische Hornisennest zu greifen, hat mich zugegebenermaßen verwirrt und ratlos gemacht, aber auch alarmiert. Läßt man den Aspekt humanitärer Hilfe einmal außer acht – ein sicherlich zwingender Aspekt, aber auch nicht zwingender als beispielsweise im Sudan –, so vermag ich nicht zu erkennen, welche vitalen US-Interessen hier berührt werden. Politik, scheint mir, sollte besser mit dem Kopf als mit dem Herzen gemacht werden.

Wie lange wird die amerikanische Öffentlichkeit eine vergleichsweise massive, teure US-Präsenz in Somalia hinnehmen, und wie hoch darf die Rechnung ausfallen, die sie zu zahlen bereit wäre?

Es kann als sicher gelten, daß eine Truppe von 30 000 Soldaten in Mogadischu und anderen somalischen Häfen landen kann, ohne daß es zu Verlusten auf Seiten der Amerikaner kommt (oder allenfalls zu ganz geringen). Aber niemand sollte glauben, daß die bewaffneten Banditen am Strand sitzen bleiben werden, um sich vernichten oder entwarnen zu lassen. Die Revolvermänner und die bewaffneten „Techniker“ werden sich vielmehr ins Innere des Landes zurück-



Diplomat Hempstone
„Wofür das Ganze?“

ziehen – außerhalb der Reichweite von Uno-Geschützen.

Wie Italiener und Briten fassungslos feststellen mußten, sind Somalis geborene Guerrilleros. Sie werden die Straßen verminen, Hinterhalte legen und Überfälle wagen. Sie werden zwar nicht in der Lage sein, Konvois am Durchkommen zu hindern, aber sie werden Verluste zufügen – und selbst welche hinnehmen.

Einen Tag lang oder auch zwei wird alles ruhig bleiben, dann wird ein somalisches Kerlchen eine Handgranate in ein Café werfen, in dem sich amerikanische Soldaten aufhalten. Es wird eine Entführung geben oder auch zwei. Gelegentlich werden Hecken schützen einen Soldaten ermorden, der Wache schiebt. Wer Beirut gemocht hat, wird Mogadischu lieben.

Wofür das Ganze? Um Zehntausende somalischer Kinder 1993 vom

Hungertod zu erretten, dem sie aller Wahrscheinlichkeit nach 1994 dann doch erliegen werden (es sei denn, wir wären bereit, auch bis Ende 1994 zu bleiben)? Auf welche Zeitspanne unserer Anwesenheit in Somalia sollen wir uns einrichten? Was sind wir bereit zu tun? Lebensmittel zu liefern, sie zu bewachen und zu verteilen, auf Guerilla-Jagd zu gehen, ein Rechtssystem zu gründen, eine Polizeitruppe aufzubauen, eine Armee zu schaffen, die Bildung politischer Parteien zu fördern, freie und ehrliche Mehrparteiwahlen zu organisieren?

Ich kenne Schätzungen – und ich glaube, sie sind nicht übertrieben –, nach denen es allein fünf Jahre dauern würde, um Somalia wenigstens auf die Knie, nicht etwa schon auf die Füße zu bekommen. Kambodscha kostet die Uno zwei Milliarden Dollar im Jahr. Was wird Somalia kosten? Zehn Milliarden?

Schließlich: Was werden wir zurücklassen, wenn wir wieder gehen? Der Somali ist hinterhältig, der Somali ist ein Killer, der Somali ist so schwierig wie sein Land und genauso nachtragend. Die einzige „wohlthätige“ Wirkung eines größeren amerikanischen Einsatzes in Somalia wird wahrscheinlich die sein, daß er die Nation eint – gegen uns, die Invasoren, die Außenseiter, die Ungläubigen, die wohl ihre Kinder gefüttert, aber auch ihre jungen Männer erschossen haben.

In alten Zeiten gingen die Somalis auf Raubzüge, um sich Kamele, Frauen und Sklaven zu beschaffen. Heute sind sie auf Kamele, Frauen, Sklaven und Nahrung aus.

Habe ich eine bessere Idee? Nicht wirklich. Ich glaube nur nicht, daß es für Somalia eine rasche Lösung gibt, wie wir Amerikaner sie so sehr lieben.

mit der höchsten Analphabetenrate, neun von zehn Ländern mit der höchsten Kindersterblichkeit und der niedrigsten Lebenserwartung.

Immer mehr Afrikaner sterben an Aids. Auf dem Schwarzen Kontinent leben nach WHO-Schätzungen zwei Drittel der weltweit gut zehn Millionen HIV-Infizierten.

Die Bevölkerung wächst mit der Weltrekordrate von über drei Prozent jährlich, während die Nahrungserzeugung pro Einwohner dramatisch zurückgeht. Das Mißverhältnis zwischen mehr Menschen und weniger Essen korrigiert auch die Aids-Pandemie nicht. Denn die Seuche rafft vor allem die Altersgrup-

markt; so wie Afrika trifft der sinkende Tauschwert auch die Länder in Asien und Lateinamerika. Doch während Afrika sich immer tiefer in Armut und Schulden verstrickt, erzeugen anderswo die meisten Staaten inzwischen ausreichend Nahrung für den Eigenbedarf. Nach einer grünen Revolution und der Einführung neuer Züchtungen ist Indien, das heute 860 Millionen Menschen ernähren muß, zum Selbstversorger und gelegentlichen Getreideexporteur aufgerückt.

Andere asiatische Staaten nutzten die Erträge aus Jahren des Rohstoffbooms, um ihre Wirtschaft auszubauen. So exportierte das Ölland Indonesien 1970

zent 1987 zurück. „Afrika ist zum trüben Schlußlicht der Weltwirtschaft gekommen“, schreibt der Hamburger Politikwissenschaftler und Afrika-Experte Rainer Tetzlaff. 1989 war die Auslandsverschuldung der Länder südlich der Sahara auf mehr als das Dreifache ihres Jahresexports an Gütern und Dienstleistungen gestiegen.

Es dürfte noch bitterer werden – denn seit dem Ende des Kalten Krieges können die Afrikaner in Notfällen nicht mehr von der Rivalität der Supermächte profitieren. In den siebziger Jahren hatten die Sowjets unter Breschnew Afrika als günstiges Terrain für kommunistischen Revolutionsexport entdeckt. Der

damalige US-Außenminister Henry Kissinger reagierte auf die Expansionsversuche mit einer neuen Eindämmungsdoktrin.

Fern im Busch verlief die gleiche Front wie an der Mauer in Berlin.

So belohnte Moskau den Äthiopier Mengistu Haile Mariam mit Waffenlieferungen im Wert von einer Milliarde Dollar, als der 1977 den Marxismus-Leninismus zur Staatsideologie erklärte. Die USA versorgten daraufhin den Nachbarn Siad Barre von Somalia mit Waffen und Entwicklungshilfe.

Nach dem Ausstieg aus dem Wettkampf der Systeme strich Gorbatschow Moskaus Hilfe für die Dritte Welt. Die US-Regierung reduzierte ihre Zuwendungen für Afrika um ein Drittel. Für das im 19. Jahrhundert von

freigelassenen amerikanischen Sklaven gegründete Liberia, das zwischen 1980 und 1985 noch 500 Millionen Dollar erhalten hatte, wollte Washington 1990 nicht einmal mehr eine humanitäre Aktion bezahlen.

Den Afrikanern wurde brutal klargemacht, daß sie jeden politischen Einfluß verloren haben. „Die neue Weltordnung ist für uns eine neue Anordnung, der wir gehorchen müssen“, klagt Tansanias Präsident Ali Hassan Mwinyi.

Nun schreiben die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, wichtigste Geldgeber nach den Zeiten des Kalten Krieges, unter dem Begriff „Strukturanpassung“ vor, was zu tun ist: Als Gegenleistung für Entwicklungshilfe müssen Afrikas Regierungen die Volkswirtschaften privatisieren, staatliche Bü-



Flüchtlinge aus Somalia*: Ansturm der Elenden

pen zwischen 20 und 40 Jahren dahin, den wirtschaftlich aktivsten Teil, der die Lebensgrundlage für alle schafft.

Am Leben halten Afrika Nahrungsmittelimporte im Wert von vier Milliarden Dollar jährlich. Zusätzliche Einfuhren werden nötig, wenn die biblischen Plagen Dürre und Heuschrecken zu den von Menschen verursachten Nöten hinzukommen. Deprimiert nennt der ehemalige nigerianische Staatschef, General Olusegun Obasanjo, Schwarzafrika „die Dritte Welt der Dritten Welt“.

Tatsächlich fällt Afrika auch im Vergleich mit anderen Armenhäusern der Welt immer weiter zurück. Zwar leidet die gesamte Dritte Welt unter dem Verfall der Rohstoffpreise auf dem Welt-

weniger Fertigwaren als das Ölland Nigeria – heute aber 36mal soviel. Investitionen in den Billiglohnländern Asiens erbringen zehnmal so hohe Renditen wie in Afrika.

Kein Wunder, daß 80 Prozent der Investitionen für die Dritte Welt nach Asien gehen und nur 7 Prozent nach Afrika. Die deutschen Direktinvestitionen in Afrika sanken von 6 Milliarden Mark 1983 auf 3,6 Milliarden Mark 1989. Und auch die alte Kolonialmacht Frankreich, die immer noch eine besondere Verantwortung für Afrika verspürt, reduzierte ihr wirtschaftliches Engagement zwischen 1985 und 1990 um die Hälfte.

Insgesamt ging der Anteil Afrikas südlich der Sahara am Welthandel von 2,4 Prozent im Jahre 1970 auf 1,3 Pro-

* Vor der jemenitischen Küste.

rokratien und Subventionen abbauen – damit werden Grundnah-rungsmittel teurer, Tausende verlieren ihre Jobs.

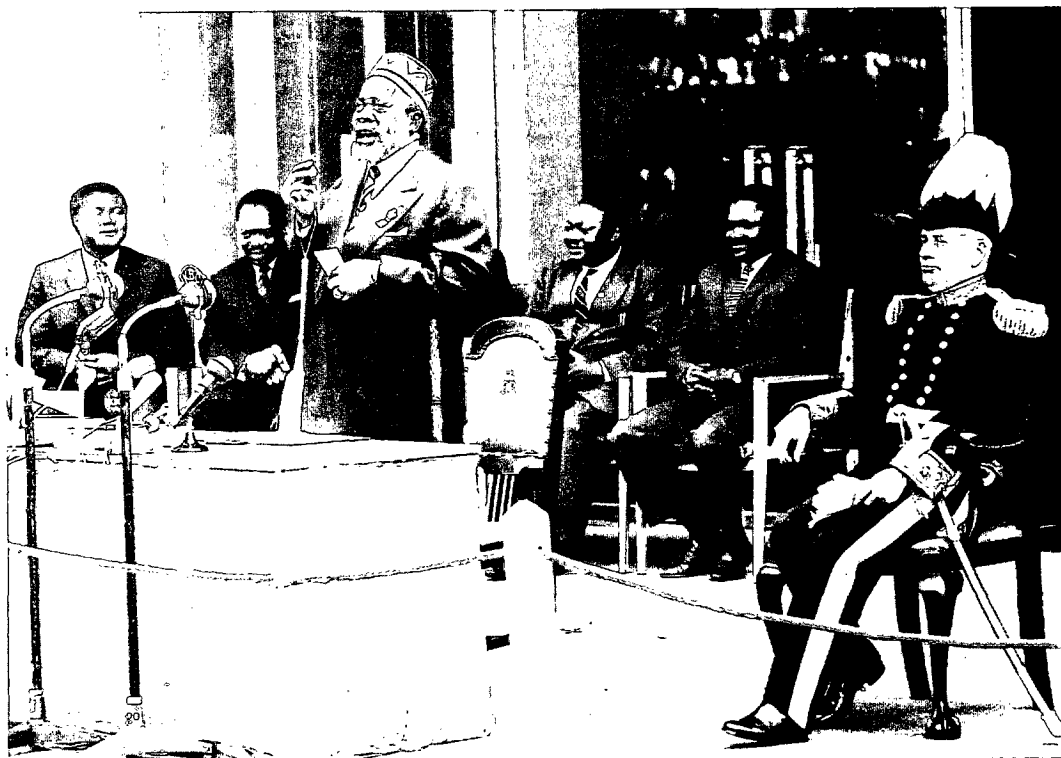
Die kapitalistische Schocktherapie befolgt Ghanas Militärherrscher Jerry Rawlings „mit dem Eifer des reuigen Bekehrten“ (so der Londoner *Independent*). Er lockt damit zwar wieder Investoren ins Land und erreicht ein Wirtschaftswachstum von fünf Prozent. Doch die Opposition wehrt sich erbittert gegen die „Diktatur des Internationalen Währungs-fonds“. Besorgt fragt die *Financial Times*, ob sich „Demokratie und ein radikales wirtschaftliches Spar-programm miteinander verbinden lassen“.

Wenn nicht, würde ein verheißungsvoller Trend in Enttäuschung enden: Inspiriert vom Aufbruch in den Ostblockstaaten, hatte eine mächtige Demokratie-Bewegung Afrika erfaßt. Die Menschen überwand die Angst und gingen überall auf die Straße; sie nannten in Benin einen Platz, auf dem Studenten beschossen worden waren, „Tiananmen“ wie in Peking; sie beschimpften Kameruns verhaßte Sicherheitspolizei als „Securitate“ – eine Anspielung auf die Schlägertruppe des rumänischen Diktators Ceauşescu.

Unter dem doppelten Druck ihrer Bürger und der westlichen Länder, die mit dem Stopp der Entwicklungshilfe drohten, sahen sich Afrikas selbstherrliche Staatsführer gezwungen, die Opposition zu Verhandlungen zu bitten. Sie mußten Parteien und schließlich gar Wahlen zulassen; es kam zum friedlichen Machtwechsel in zwölf schwarzafrikanischen Staaten.

In Benin wählten die Bürger den Marxisten Mathieu Kérékou ab und den Weltbank-Technokraten Nicéphore Soglo ins Amt (siehe Interview Seite 158). In Sambia mußte der große alte Mann Kenneth Kaunda gehen; zwei Drittel der Wähler stimmten für den Kandidaten der Opposition, den Gewerkschafter Frederick Chiluba. Begeisterte Kommentatoren verkündeten den Anbruch einer neuen Zeit.

Doch inzwischen erschütterten schon wieder Streiks den heruntergewirtschafteten Kupferstaat Sambia, der zu allem Übel auch noch von einer verheerenden Dürre geplagt wird. Präsident Chiluba



Machtübergabe in Kenia 1963*: „Reif für einen neuen Imperialismus?“

kann den Menschen weder mehr Geld noch mehr Jobs geben; er muß im Gegenteil – wie Soglo in Benin – Lohnkosten senken und Arbeitsplätze streichen, um aus Verlusten und Defiziten herauszukommen.

Fatale Folge: Die von der Demokratie-Bewegung an die Spitze getragenen Politiker verlieren bald an Ansehen und Glaubwürdigkeit, weil es nichts zu verteilen gibt. Und wenn die staatlichen Institutionen versagen, besinnen sich die Menschen auf den Rückhalt der Urgemeinschaft; statt nationaler Parteien gedeihen Interessengruppen, die sich nach Sippen, Klans und Stämmen organisieren.

So spaltete sich in Kenia das Forum für die Wiederherstellung der Demokratie schon vor den für den 29. Dezember angesetzten Wahlen in einen Luo- und einen Kikuyu-Flügel. „Mit der Öffnung zum Pluralismus“, weiß Kenias bekannteste Bürgerrechtlerin und Trägerin des Alternativ-Nobelpreises, Professorin Wangari Maathai, „öffnet sich die Büchse der Pandora.“ Tribalismus, Afrikas Rückfall in Stammesdenken, zerstört jeden Ansatz eines Sozialkontrakts zwischen Regierung und Regierten.

Die auf der Erde einmalige Vielfalt von Völkern und Stämmen hat historisch zweifellos Afrikas Entwicklung behindert. In Schwarzafrika werden viele Hunderte Sprachen und Dialekte ge-

sprochen; seine Bewohner konnten sich daher kaum zu Großreichen zusammenschließen oder eine städtische Kultur entwickeln. Weitgehend abgekoppelt von der Welt wagten sich die Afrikaner zudem nicht hinaus auf die Ozeane.

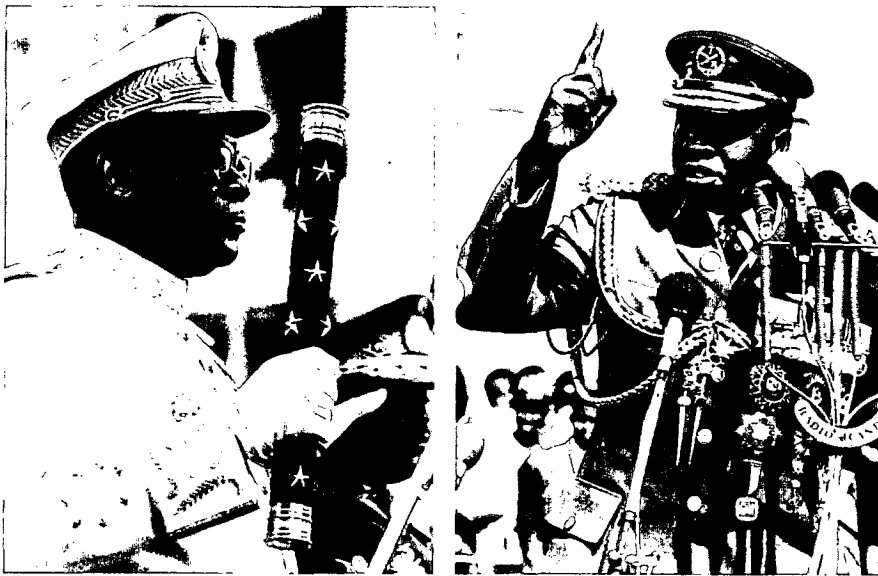
In diese Isolation brachen im Zeitalter der Entdeckungen die Weißen ein und verschleppten zwischen 1500 und 1870 mindestens 25 Millionen Afrikaner als Sklaven.

Die Europäer teilten Afrika ohne Rücksicht auf Volks- und Stammesgrenzen untereinander auf – und legten damit Zeitbomben für die Zukunft. Die südlichen Stämme des Sudan haben viel mehr mit ihren Brüdern in Uganda gemein als mit den arabisierten Nordsudanesen. Das Volk Ewe lebt halb in Togo, halb in Ghana.

Das kolonialisierte Afrika wirtschaftete zudem nicht nach seinen Bedürfnissen, sondern nach den Wünschen der weißen Herren – wiederum mit schlimmen Spätfolgen für seine Bewohner: So ließen die Briten im Sudan auf traditionell für die Lebensmittelerzeugung genutzten Flächen Baumwolle anbauen; sie brauchten Nachschub für die Spinnereien von Manchester. Heute bringt Baumwolle dem Sudan zwar noch einige Devisen; aber Nahrung muß teuer importiert werden.

„Die Zukunft der Dritten Welt“, erkannte der tansanische Minister Amir Jamal, „wird abhängen von den Bedingungen, welche die Erste Welt setzt, und von der Qualität der Führerschaft der Dritten Welt.“ Doch die Industrie-

* Mitte: der spätere Präsident Jomo Kenyatta; rechts: der britische Generalgouverneur Malcolm MacDonald.



Zaire-Präsident Mobutu, Uganda-Diktator Amin (1975): Kleptokraten-Regime



Kaiser Bokassa von Zentralafrika (1977)
„Im Zerrspiegel eines Lachkabinetts“

staaten der Ersten Welt verwarfen eine neue Wirtschaftsordnung mit besseren Tauschbedingungen, etwa garantierten Mindestpreisen für Rohstoffe. Und Afrikas Führer erwiesen sich überwiegend als inkompetente, korrupte Diktatoren, zu deren blutig-närrischen Irrbildern Ugandas Idi Amin und Zentralafrikas Kaiser Bokassa wurden.

Dem asiatisch-karibischen Schriftsteller V.S. Naipaul erschien „Schwarzafrika mit seinen nichtigen Tyranneien, seinen Feldmarschällen und Kaisern, seinen falschen Philosophien und fabrizierten Eigenstaatlichkeiten“ wie „Europa, grotesk karikiert im Zerrspiegel eines Lachkabinetts“.

Ob Militärs oder Zivilisten regierten, ob sie sozialistischen oder kapitalistischen Modellen nacheiferten – ein Herrschaftsmerkmal war den meisten Regimes in Afrika gemeinsam: Sie stützten sich auf eine städtische Schicht, die auf Kosten des Landes lebt.

Bei der Unabhängigkeit 1960 gab es in Kongo-Brazzaville etwa 3000 Staatsbedienstete. 1987 waren es 73 000; ihre Gehälter verschlangen drei Viertel des Budgets. „Das Ideal“, beschreibt der britische Afrika-Historiker Basil Davidson die Denkweise dieser Parasitenklasse, „wurde nicht, eine Arbeitsstelle zu besitzen, sondern ein Gehalt zu kassieren. Der städtische Schwanz wedelt mit dem ländlichen Hund.“

Um die Städter ruhig zu halten, setzten die Regierungen niedrige Preise für Lebensmittel fest und nahmen damit den Bauern jeden Anreiz, über den eigenen Bedarf hinaus zu produzieren. Der in der Kolonialzeit begonnene Anbau exportfähiger Güter zu Lasten der Lebensmittelerzeugung ging weiter. Ein Kontinent, der sich über Jahrhunderte selbst ernährt hatte, wurde abhängig von Lebensmittelhilfe, die zuweilen mehr Schaden stiftete als Nutzen.

Klassisches Beispiel: Nach einer schlechten Ernte 1983 hatte Togo um Hungerhilfe nachgesucht. Doch als 1984 Getreideschiffe in Lome eintrafen, hatte sich die Lage normalisiert. Die Überschüsse drückten nun die einheimischen Maispreise unter die Gestehungskosten. Als Folge wurde 1985 fast ein Drittel weniger Anbaufläche bestellt als im Vorjahr.

Solch kontraproduktive Hilfe hat wesentlich zu Afrikas Niedergang beigetragen. Europäer verkauften den Ghanaern Kakao-Silos, die nicht funktionierten. Nigeria errichtete ein Stahlwerk in einem Landesteil, in dem es weder Erz noch Kohle gibt. Senegal bekam von der Bundesrepublik ein völlig überdimensioniertes und übertechnisiertes „Heinrich-Lübke-Krankenhaus“ hingestellt.

Angestachelt von Provisionsjägern, erlagen die Afrikaner oft der Versuchung, gigantische, vermeintlich supermoderne Projekte zu verwirklichen. Wer Einfaches anbot, geriet in den Verdacht, er wolle die Unterentwicklung verewigen. Wenn einem Entwicklungshelfer Bedenken kamen, sprang schnell ein anderer ein. Als die westlichen Länder zögerten, bauten die Chinesen die Tansam-Eisenbahn aus dem sambischen Kupfergürtel nach Daressalam am Indischen Ozean. Sie ist heute eine Entwicklungsruine.

Wenn solche Riesenaufträge vergeben wurden, flossen immense Bestechungsgelder. Den Afrikanern, die kassierten, fehlte oft jedes Unrechtsbewußtsein; nicht das Interesse des Staates, sondern das Wohlergehen der eigenen Sippe war für sie oberstes Gebot.

Regierungsmitglieder plünderten in vielen Ländern hemmungslos die Zentralbank. Allein aus den Rohstoffstaaten Nigeria und Zaire, so schätzt der Experte Tetzlaff, flossen 20 bis 30 Milliarden Dollar illegal auf private Konten einiger hoher Politiker; „Kleptokratie“ als Regierungsform.

Am tollsten trieb es Zaire-Präsident Mobutu, der sein an Bodenschätzen reiches Land seit 1965 regiert. Er betrachtet den Staat als persönliches Eigentum – wie der belgische König Leopold II., dem der Kongo auf der Berliner Konferenz von 1884/85 als Privatbesitz bestätigt worden war. Mobutu transferierte Erlöse aus Kupferexporten an der

Staatsbank vorbei auf seine Auslandskonten. Von 400 Milliarden neu gedruckten Zaires, der Landeswährung, ging im vorigen Jahr die Hälfte direkt an den Staatschef.

Der Präsident benötigte frisches Geld, um meuternde Soldaten zu bezahlen, die das Volk wegen ihres erbärmlichen Ernährungszustandes „Fakire“ nennt. Jetzt reicht Mobutus Macht kaum noch über die Hauptstadt Kinshasa hinaus. Er verbringt die meiste Zeit auf seiner Flußjacht, stets bereit zur Flucht. Die Tage dieser „Kreatur des Westens, die im Kalten Krieg gedieh“ (*Financial Times*), scheinen gezählt.

Männer wie der wankende Mobutu verstehen die Welt nicht mehr: Als Bollwerk gegen den Kommunismus waren sie einst Hätschelkinder westlicher Entwicklungshilfe; sie durften sich alle denkbaren Extravaganzen erlauben. Nun fühlen sie sich von ihren Mentoren erpreßt, seit Washington und die EG-Länder ultimativ auf Einhaltung der Menschenrechte drängen.

So wirft Kenias Präsident Daniel arap Moi dem US-Botschafter in Nairobi, Smith Hempstone, „Rassismus“ und „Sklavenhalter-Mentalität“ vor, weil der Diplomat offen die Demokratie-Bewegung unterstützt und die Abschaffung des Einparteiensystems verlangt. Bonn, Oslo und Stockholm drohten Namibia, die Hälfte ihrer Entwicklungshilfe zu sperren, falls die Regierung nicht den Kauf eines französischen Flugzeugs für den Präsidenten Sam Nujoma storniere, das 40 Millionen Mark kosten sollte.

Kennzeichnet eine neue Moral die Nord-Süd-Beziehungen? Die Bundesrepublik will die Vergabe der Hilfe von der Achtung der Menschenrechte abhängig machen. Das klingt gut, doch etlichen Experten scheint „der Verdacht nicht ganz unbegründet, daß auf diese Weise auch eine Legitimation aufgebaut wird, das Engagement insgesamt zu reduzieren“, so der deutsche Entwicklungssoziologe Ulrich Menzel. Bei wirtschaftlich interessanten und politisch potenten Partnern, wie China, sei man ja sehr wohl bereit, „politische Konditionierung ganz weit hintanzustellen“.

Afrika südlich der Sahara aber ist für den Westen weder wirtschaftlich noch politisch verlockend – im Gegensatz zu Asien. Asiatische Länder, vor 30 Jahren nicht besser gestellt als afrikanische, sind heute viel weiter.

Auf die Frage, was den Unterschied ausmache, antwortete Ugandas Präsi-



dent Museveni: „Die Disziplin der Asiaten.“ Die Menschen in asiatischen Staaten mit spärlichen Ressourcen und großer Bevölkerungsdichte seien fleißiger als die Afrikaner, die dazu neigten, „das Leben als gegeben hinzunehmen“.

Jeden Nichtafrikaner setzte eine solche Interpretation dem Verdacht des Rassismus aus.

Und tatsächlich ist es wohl mehr die Unfähigkeit der Führung als die Passivität der Menschen, die Afrikas Elend erklärt.

Ihre spärlichen Exporteinnahmen und die beträchtliche Entwicklungshilfe – pro Kopf der Bevölkerung empfing Schwarzafrika 1989 viermal mehr als Asien – haben die Regierungen südlich der Sahara schlechter genutzt: Sie gaben viermal soviel für ihre Streitkräfte aus wie für das Gesundheitswesen. Die Asiaten stellten dagegen für Erziehung und Gesundheit mehr Mittel bereit als für das Militär.

Jetzt, wo die Spenden der Reichen abnehmen oder gar ganz ausbleiben, läuft in vielen Ländern Schwarzafrikas fast nichts mehr. Und im Westen wuchs die Bereitschaft, den Elendskontinent sich selbst zu überlassen – bis zur „Operation neue Hoffnung“.

Experten warnen vor Gleichgültigkeit: Die Armutsregionen der Erde, und gerade das vor Europas Toren gelegene Afrika, verfügten über ein explosives Chaos-Potential. Abgekoppelt von der wohlhabenden Welt, würden sich dort Brutstätten von Terrorismus, Drogenkriminalität und Seuchen entwickeln, die schnell in den Norden getragen werden könnten.

Französische Demographen schätzen, daß in den kommenden zwei Jahrzehnten allein aus Nordafrika 30 Millionen Menschen nach Europa drängen werden. „Wer die Bürgerkriege überlebt und nicht an Aids dahinsiecht“, schreibt Afrika-Experte Tetzlaff über die afrikanische Krise, „wird keine andere Wahl haben, als in prosperierende Zonen abzuwandern.“

Um den Ansturm solcher Elendszüge zu verhindern, kann Europa es sich im eigenen Interesse kaum leisten, der afrikanischen Agonie tatenlos zuzusehen. Nur sind statt wirkungsloser Entwicklungshilfe neue Modelle gefragt.

„Besonders bedrohte Krisenregionen“, regt Ulrich Menzel in seinem Buch „Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie“ an, sollten „bis auf weiteres der Treuhand-



Maskierter Krieger, Opfer im liberianischen Bürgerkrieg: „Wo bleiben die Amerikaner?“

schaft der Länder des Nordens unterstellt“ werden, auch wenn das eine „Einschränkung der Souveränität der einheimischen Behörden“ bedeute.

Also wieder Portugiesen nach Mosambik? Belgier nach Zaire? Franzosen nach Burkina Faso?

„Multinationale Modelle wären geeigneter“, schreibt Menzel, „da sie neokolonialen Gelüsten eher vorbeugen.“ Zudem sollte die Treuhanderschaft in den westlichen Industrieländern „durch demokratisch legitimierte Organe kontrolliert werden, an denen auch Vertreter der betroffenen Regionen beteiligt“ sind.

Zukünftige Rechtsgrundlage für die Interventionspflicht aus humanitären Gründen könnte die Uno-Resolution 794 über Somalia werden, die zumindest ansatzweise eine neue Definition von Sicherheit erkennen läßt: Das „Ausmaß der menschlichen Tragödie“ in Somalia, heißt es darin, entwickle sich zur „Bedrohung des internationalen Friedens“.

Soll die Uno also weite Teile Schwarzafrikas unter Kuratel stellen? Somalia könnte dafür zum Testfall werden. Die Banditen zu entwaffnen, den Frieden zu sichern und die Hungernden zu füttern, wird dabei am leichtesten sein. Aber wenn die Marines, wie von Bush versprochen, in ein paar Wochen oder Monaten abge-

zogen und Uno-Verbände nachgerückt sind, muß eine politische Lösung für Somalia gefunden, die zerstörte Wirtschaft, die Infrastruktur und die Verwaltung wiederaufgebaut werden.

Das ist ein Programm für Jahre. Bringt der Westen nicht die Geduld und die Kosten dafür auf, wird Somalia schnell erneut in Anarchie und Hoffnungslosigkeit versinken.

„Segne, o Herr, die Bewohner dieses weiten Kontinents, so daß sie bereitwillig unsere Lehren befolgen“, hatte der britische Gouverneur John Clarkson 1792 nach der Gründung der westafrikanischen Kolonie Sierra Leone gebetet, „doch ich fürchte, daß sie sich nicht von meinem Rat leiten lassen und sich und ihre Kinder auf immer zugrunde richten.“

„Wir sind keine Bettler“

Interview mit Benins Präsidenten Nicéphore Soglo über Afrikas Misere

SPIEGEL: Herr Präsident, die Amerikaner sind in Somalia gelandet, um das Land vor dem Untergang zu bewahren. Müssen die Weißen zurückkommen, damit Afrika gerettet wird?

SOGLO: In einem Land, in dem es weder einen Staat noch eine Regierung gibt, sondern nur noch das Gesetz des Stärkeren herrscht, ist humanitäre Einmischung notwendig. Unterlassene Hilfeleistung sollte auch im Zusammenleben der Völker als Verstoß gegen das Recht behandelt werden. Glücklicherweise will jetzt die internationale Gemeinschaft auf dem Umweg über die Uno das somalische Drama beenden.

SPIEGEL: Das tun nichtafrikanische Mächte. Können sich die Afrikaner nicht selbst helfen?

SOGLO: Hilfe durch die Organisation Afrikanischer Einheit würden wir vorziehen. Aber die könnte weder das Blutvergießen stoppen noch die Hungernden retten.

SPIEGEL: Wann sollte die Aktion in Somalia abgeschlossen sein?

SOGLO: Ein umfassendes Rettungsprogramm wird zwei bis fünf Jahre dauern: In einer ersten Phase muß Nahrungshilfe auf den Weg gebracht werden, um den Hunger zu bekämpfen, der die Bevölkerung so dezimiert. Dann muß dem